



Mai 2015

Martin Häusling

Aktueller Stand der Verhandlungen der Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP)

Verhandlungsstand

CETA:

Das Abkommen ist fertig verhandelt. Den Text finden Sie hier:

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf

Die Anwälte der Kommission überprüfen zurzeit den Wortlaut der Vereinbarung. Sobald es in alle Amtssprachen der EU übersetzt wurde, wird es im Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament diskutiert werden.

TTIP:

Die neunte Verhandlungsrunde hat im April stattgefunden. Das umstrittene Thema Investitionsschutz blieb bei den Gesprächen weiterhin ausgeklammert. Noch sind die TTIP-Verhandlungen weit davon entfernt, gegen Ende des Jahres (was ja Frau Merkel anstrebt) oder Mitte 2016 abgeschlossen zu werden, wie es die Kommission als Zielvorgabe angekündigt hat. Das EU-Parlament arbeitet an einem Zwischenbericht zu TTIP. In dem Bericht werden Empfehlungen an die Kommission für die Verhandlungen gegeben. Den Berichtsentwurf vom Berichterstatter Bernd Lange (S&D), Vorsitzender des Handelsausschusses, finden Sie hier:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+COMPARL+PE-549.135+01+NOT+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+COMPARL+PE-549.135+01+NOT+XML+V0//DE)

In den letzten Monaten haben die Ausschüsse des Europaparlaments ihre Stellungnahmen zu diesem Bericht abgegeben.

Der federführende Handelsausschuss hat am 28.5. in Brüssel abschließend abgestimmt.

[Link: Pressemitteilung Ska Keller](#)

Das ganze Parlament wird am 10. Juni in Straßburg abstimmen. Einzig im Umweltausschuss haben es kritische Änderungsanträge (unter anderem von uns GRÜNEN) in den Schlusstext geschafft. Im Vorfeld der meisten anderen Stellungnahmen gab es eine massive Einflussnahme der EVP und von Teilen der S&D, mit dem Ergebnis dass viele GRÜNE Änderungsanträge überhaupt nicht zu Abstimmung gestellt wurden.



Die Stellungnahmen der Ausschüsse kann man hier einlesen:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150220STO24366/html/Aussch%C3%BCsse-stimmen-%C3%BCber-TTIP-Zwischenbericht-ab>

Stand in den USA

Die US-Regierung hat die erste Hürde genommen, um Freihandelsverträge leichter aushandeln zu können (Fast Track). Der amerikanische Senat erteilte am 22.5.2015 Präsident Barack Obama weitreichende Freiheiten für die Verhandlungen. Die Senatoren entschieden, dass der US-Präsident während der nächsten sechs Jahre Verträge aushandeln kann, ohne dass das Parlament einzelne Vertragsteile mit abstimmen muss. Das heißt – ähnlich wie das EU-Parlament - dürfen auch die Abgeordneten in den USA nun nur noch mit Ja oder Nein abstimmen.

Besonders strittige Aspekte beider Abkommen

Regulatorische Kooperation

CETA:

Diese Passagen dazu finden sich in den „Administrative and Institutional Provisions“, den Formen der „Regulatory Cooperation“ und den „Dialogues and Bilateral Cooperation“. Wenn neue Regeln eingeführt werden, erlaubt der Vertrag ausdrücklich, die (Handels)-Beteiligten vorher anzuhören. Damit werden wichtige Entscheidungen in den vordemokratischen Raum verlagert. Eine geplante Regulierung wird zwischen Beamten und Lobbyvertretern aus der EU und Kanada diskutiert, bevor irgendein Parlament in Europa sie zu Gesicht bekommt. Geplante Regulierungen werden Folgeabschätzungen unterzogen, bei denen es hauptsächlich um die Auswirkungen auf den transatlantischen Handel gehen wird – und nicht etwa um die Frage, ob sie unsere Gesundheit schützen oder Finanzmärkte stabilisieren.

TTIP:

Auch in TTIP soll solch ein Passus zur Regulatorischen Kooperation eingearbeitet werden.

Investitionsschutz (ISDS)

CETA:

Die Passagen zum Investitionsschutz und zum Schiedsgerichtsverfahren (Kapitel „Investitionen“) im fertigen Verhandlungstext entsprechen weitgehend wortgleich dem von der Europäischen Kommission zur



öffentlichen Diskussion und Abstimmung gestellten Text im Rahmen des Konsultationsverfahrens zum Investitionsschutzkapitel in TTIP, der bei dieser Abstimmung von einer großen Mehrheit abgelehnt wurde und extrem umstritten ist (s.u.).

TTIP:

Nachdem es noch im Februar 2014 in einer Erklärung der deutschen Bundesregierung hieß:

"Deutschland erachtet Bestimmungen zum Investitionsschutz einschließlich Investor-Staat Schiedsverfahren in Abkommen mit OECD-Staaten (...) grundsätzlich nicht als erforderlich".

Hat Wirtschaftsminister Gabriel nun aufgrund des starken Drucks aus den USA, die nicht auf ISDS verzichten wollen und andererseits der starken öffentlichen Kritik in Europa, ein Gegenmodell zu ISDS vorgeschlagen. Eigens für TTIP soll ein Handels-Gerichtshof gegründet werden. Anstelle der bisher angedachten, wenig transparenten und vor allem privaten Schiedsgerichte soll der Gerichtshof als unabhängige Instanz eingeschaltet werden können, falls Unternehmen den im Abkommen vereinbarten Investitionsschutz einklagen sollten.

Bleibt nach wie vor die Frage, ob diese Instanz bei der Regelung von Investitionsstreitigkeiten zwischen zwei Rechtsstaaten nicht auch „unnötig“ ist.

Wer darf abstimmen?

CETA:

Die EU-Kommission geht derzeit davon aus, dass die nationalen Parlamente dem Abkommen nicht zustimmen müssen. Allerdings stehen in dem fertig verhandelten Text des Abkommens auch Dinge, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen (zum Beispiel Fragen der Kultur und öffentlicher Dienstleistungen). Dies bedeutet, dass die 28 Mitgliedstaaten der EU – also in Deutschland Bundestag und Bundesrat – ebenfalls zustimmen müssten, da es sich um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handelt. Der juristische Dienst des EU-Rates sowie ein Gutachten des Bundestags sehen CETA ebenfalls als gemischtes Abkommen.

TTIP:

Ob die nationalen Parlamente der EU-Staaten ebenfalls über TTIP abstimmen, ist bislang nicht geklärt. Die deutsche Regierung geht allerdings davon aus, dass es sich bei TTIP auch um ein sogenanntes "gemischtes Abkommen" handelt.

Widerstand gegen TTIP

Das internationale Bündnis „Stop TTIP“ stellte bei der Europäischen Kommission einen Registrierungsantrag für eine Europäische Bürgerinitiative



(EBI) gegen das TTIP-Abkommen, der von dieser als unzulässig abgelehnt wurde (nicht rechtskräftig).

Siehe hier:

<http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/non-registered/details/2041>

Gegen die Ablehnung kündigte das Bündnis eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof an und begann gleichzeitig, die Bürgerinitiative selbst zu organisieren, mit dem Ziel, mehr als eine Million Unterschriften gegen TTIP und CETA zu sammeln.

<https://stop-ttip.org/in-spite-of-the-eu-commissions-rejection-signature-collection-for-the-stop-ttip-self-organised-european-citizens-initiative-is-launched/>

Aktuell sind 1.941900 Unterschriften gegen TTIP zusammengekommen.

Weitere Infos:

Martin Häusling: <http://www.martin-haeusling.eu/themen/welthandel-und-welternahrung.html>

Ska Keller: <http://www.ska-keller.de/themen/handel-und-globale-gerechtigkeit/ttip.html>

Greens/EFA:

<http://www.greens-efa.eu/regulatory-cooperation-in-ttip-13874.html>